

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. Zugänglich bei Bestellungen. Einzelnummern 10 Pf. Die Polierstellen und Postboten, unsere Zusteller, haben in jeder Zeit die Möglichkeit, den Inhalt des Blattes zu untersuchen. Im Falle höherer Verleumdungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Namen des Verleumdeters zu veröffentlichen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen, die sie veröffentlicht. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen, die sie veröffentlicht.

Wagnispreis: die 4 gesparten Raumzeile 20 Pf., die 4 gesparten Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3 gesparten Reklamenzeile im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgesetzte und Vorgesetzten werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen, die sie veröffentlicht.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 63 — 92. Jahrgang Lesegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 15. März 1933

Danzigs Sieg in Genf.

Hochspannung in Genf.

Im Englischen Unterhaus hat der Minister Baldwin mitgeteilt, die Regierung habe das Waffenausfuhrverbot wieder aufgehoben, da die anderen Länder sich an diesem Verbot gar nicht beteiligt hätten. Man kargte nicht mit — Verfall für diese Mittel, obwohl doch das ganze Verbot nicht eine einzige Riste mit Granaten oder Gewehren daran gehindert hat, dem Besteller zugeführt zu werden. Aber die Mittelteilungsminister Baldwin hatte noch ein kleines rechnerisches Nachspiel: der Führer der Opposition leistete sich nämlich die heute fast nur noch nicht anmutende Frage, ob denn nun, angesichts der Aufhebung des Waffenausfuhrverbots, „der Völkerverbund völlig überflüssig werde“. Und milde lächelnd erwiderte Baldwin dem Neugierigen, darüber würde man wohl erst diskutieren können, wenn der Ministerpräsident Macdonald aus Genf zurückgekehrt sei.

Diese Szene ist zum mindesten reichlich, und wer den gut eingespielten parlamentarischen Betrieb Englands einigermassen kennt, wird unsicher auf die Vermutung kommen, daß die „keine Anfrage“ des Oppositionsführers sozusagen auf Verleumdung erfolgt ist, — auf Verleumdung der englischen Regierung selbst nämlich! Denn auf diese Weise läßt sich so wunderbar vor aller Welt herauskriegen, daß „die anderen“ daran schuld seien, wenn auch dem Waffenausfuhrverbot und den entsprechenden Bestimmungen des Völkerverbundes so gar nichts geworden ist. Dann so viel, zwar nicht Angst, wohl aber Echowort vor dem Urteil der Völker und der Geschichte hat man nämlich doch noch, daß man auch an der „Schulfrage“ beim etwaigen Scheitern der Abzurückführung Konferenzen nicht vorbeigeht, sondern dies irgendwie „arrangieren“ will, wobei natürlich „den anderen“ die Schuld zufällt oder zugeschoben wird. Das ist zur Zeit die Hauptsache für den französischen Vertreter bei dieser Konferenz, Herrn Paul-Boncour, da die politische-electrische Hochspannung in Genf einen unerträglichen Grad erreicht hat und zur Entladung bereit drängt wie wohl nie zuvor.

Deutschlands und Italiens Vertreter stehen abwartend beiseite, wenn die Engländer mit Herrn Paul-Boncour selbst für Genfer Verhältnisse überlange Besprechungen miteinander abhalten. Gegen Frankreichs Politik, die sich gegen Deutschland und seine neue Regierung einstellt, ist mit vernünftigen Vorschlägen einfach nichts mehr auszurichten, und zudem ist es — wie immer im Laufe der Nachkriegsgeschichte — wieder einmal sehr zweifelhaft, ob sich nicht England zum sommersolublen Male dem stärkeren politischen Willen Frankreichs fügt. Ob daran ein neuer amerikanischer Vertreter, der übrigens früher bereits auf der Abrüstungskonferenz als Vermittler gearbeitet hat, Herr Norman Davis, und jetzt wieder nach Genf geschickt wird, dann noch im allerletzten Augenblick wird etwas ändern können, hält man an den Spannungsgeladenen, höchst unruhigen Gestalten des Genfer Sees gleichfalls für nicht mehr wahrscheinlich. Denn die schwere wirtschaftliche Erschütterung Amerikas hat das Schwergewicht seiner weltpolitischen Ansicht im ratlosen „Rate der Völker“ nicht gerade gesteigert.

Macdonald ist also um die Rolle wirklich nicht zu beneiden, zu der er sich durch seine Reise nach Genf aber geradezu gedrängt hat. Er ist bald der einzige englische Staatsmann, der noch nicht die politische Abwendung seines Landes von den kontinental-europäischen Verhältnissen und Entwicklungen anstrebt. Heute wird in London ganz offen gesagt, daß für England schon die Garantieverpflichtung des Vertrags von Locarno „zuviel“ sei. Und vom rein englischen Standpunkt aus gesehen kann man diese Ansicht im Hinblick auf die Verschärfung der Dinge auf dem Kontinent im allgemeinen auch nicht schwer verstehen.

Noch wirbeln die Gerüchte — wahre und erfundene — in Genf durcheinander und erhöhen die Spannungen. Von Paris aus wird durch die französische Presse alles getan, um die Dinge einem Bruch zuzutreiben in der Form, daß zum mindesten jene Völker zu einer Front gegen Deutschland zusammengebracht werden, die an der Erhaltung der Diktate von 1919 festhalten wollen, also auch an unserer bisherigen Behrlosigkeit, für die die Entwaffnungsbestimmungen von Versailles nach wie vor maßgebend sein und bis zum letzten Buchstaben maßgebend bleiben sollen. Gewisse Bestrebungen Frankreichs gehen schon dahin, diese Verleumdung auch tatsächlich kontrollieren und für die Teilnahme an dieser Kontrolle, vor allem England, möglichst aber auch Amerika gewinnen zu wollen.

Dann wird man sich nicht bloß im englischen Unterhaus darüber unterhalten, ob nicht der Völkerverbund eine überflüssige Einrichtung ist! Oder vielmehr, — man wird sich nicht darüber unterhalten, weil dies dann überhaupt keine Frage mehr ist.

Der polnische Rechtsbruch in Genf festgestellt.

Polen zieht die Polizeimannschaften von der Westerpforte zurück.

Die polnische Regierung hat sich gezwungen gesehen, die unverzügliche Zurückziehung der polnischen Polizei auf der Westerpforte anzuordnen. Die polnische Regierung ist zu diesem Schritt durch die eindeutige Haltung der Großmächte in Genf gezwungen worden. Der Standpunkt der polnischen Regierung war von allen Seiten von vornherein als völlig unhaltbar und als ein eindeutigen Bruch der vertraglichen Bestimmungen angesehen worden.

Die englische Regierung hat als Berichterstatter im Völkerverbund für die Danziger Franzosen gleich zu Beginn der Verhandlungen der polnischen Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Völkerverbund unter keinen Umständen das Vorgehen Polens billigen werde. Die Vertreter Italiens und Frankreichs haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Die polnische Regierung hat damit innerhalb der letzten Monate drei schwere Niederlagen vor dem Völkerverbund erlitten.

Neue deutschfeindliche Ausschreitungen in Polen.

Die deutschfeindliche Hege im Korridorgebiet, die durch die polnischen Propagandaorganisationen wie dem Westmarkenverein systematisch betrieben wird, wirkt sich in immer neuen Ausschreitungen gegen den Besitz der deutschen Minderheit aus. Selbst vor Kirchenfreveln scheut man nicht zurück. So wurde die evangelische Kirche in Schleusenau durch bisher unbekannt Täter erbrochen, der Taufstein umgestürzt, die Altardecken zerrissen und das Amtsfeld des Geistlichen am Kronleuchter aufgehängt.

Französischer Schritt beim Reichsaußenminister.

Die SA. im entmilitarisierten Rheinland.

Nervosität in Frankreich. — Ruhige Beurteilung in England.

Die feistlichen Aufmärsche nationaler Verbände in der entmilitarisierten Zone anlässlich der nationalen Feiern der letzten Tage haben in Frankreich die übliche Nervosität ausgelöst. Man sieht in den unbewaffneten, mit Blumen geschmückten Scharen „Militär“ oder „Polizei“ und bemüht sich, eine Verletzung des Versailler Diktates zu konstruieren. Dazu ist zu bemerken, daß sich bereits nach der Räumung der einzelnen Zonen im früher besetzten Gebiet SA-Formationen gebildet hatten, die man jetzt nicht plötzlich mit militärischen oder polizeilichen vergleichen kann, weil sie nach dem Siege der nationalsozialistischen Bewegung starker in den Vordergrund treten.

Während die französische Presse Alarm schlägt und den Völkerverbund in Bewegung setzen möchte, betrachtet man in London anscheinend dieses Ereignis als eine innerpolitische deutsche Angelegenheit, die keine ernste Bedrohung Frankreichs darstellt. Von deutscher amtlicher Seite ist es bereits scharf zurückgewiesen worden, daß eine Verletzung irgendwelcher Verträge oder Vereinbarungen vorliegt. Im übrigen ist im Auswärtigen Amt von irgendeiner Absicht Englands, von Frankreichs, diplomatisch vorstellig zu werden, nichts bekannt.

Die Pariser „Beschwerden“ als unbegründet zurückgewiesen.

Der französische Botschafter Francois-Poncet hat Dienstag den Reichsaußenminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, aufgesucht, um im Auftrage der französischen Regierung wegen der Vorgänge in Rehl und der Verwendung von Hilfspolizeieinheiten in der entmilitarisierten Zone unter Hinweis auf Artikel 43 des Versailler Vertrags Beschwerde zu führen. Der Reichsaußenminister hat diese Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen.

Weber die Vorgänge in Rehl nach die Verwendung von Hilfspolizei solle unter die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone. Die im übrigen nur während 36 Stunden in der Polizeikaserne in Rehl untergebracht gewesene SA-Mannschaft, von der höchstens jeder achte Mann mit einem Saabawehr

Zu dem polnischen Antrag wegen der Regelung der Danziger Hafenpolizei nahm der Völkerverbund einen Vorschlag Simons an, nach dem diese Frage auf dem normalen Verfahrensweg entschieden werden sollte. Senatspräsident Ziemski erklärte dann, daß er diesen Vorschlag annehme, daß jedoch an der gegenwärtigen Regelung der Danziger Polizeiorganisation bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage keinerlei Änderung vorgenommen werden würde.

Frankreich will Italien in der Flottenfrage entgegenkommen.

Genf, 14. März. Macdonald empfing am Dienstag nur den Kabinettschef Mussolini, Aloisi, Aloisi behielt anschließend Paul-Boncour. Dazu wird von französischer Seite mitgeteilt, daß die italienische Regierung an ihrem ursprünglichen Verhandlungsvorschlag auf sechs Wochen festhalte und in der Zwischenzeit nicht eine Konferenz, sondern lediglich diplomatische Verhandlungen zwischen den Kabinettschefs, Paul-Boncour teilte Daladier mit, daß sein Kommen nach Genf verläufig nicht erforderlich sei. Ende der Woche könnte aber eine neue Lage eintreten, die Daladiers Teilnahme an den Verhandlungen notwendig machen würde.

In internationalen Kreisen besteht am Dienstag der Eindruck, daß von französischer und englischer Seite ernsthaft versucht wird, durch Zugeständnisse in der Flottenfrage eine Berührung der italienischen Haltung gegenüber Deutschland zu erreichen. Es verstärkt sich der Eindruck, daß Macdonald die Zurückhaltung am Dienstag zur Ausarbeitung eines größeren Planes benutzt hat.

Im Laufe des Dienstagabend fand eine längere Unterredung zwischen dem polnischen Außenminister und dem Völkerverbundskommissar Kollings über den Zeitpunkt der Zurückziehung der polnischen Truppen von der Westerpforte statt. Nach englischer Auffassung und nach der Erklärung des Senatspräsidenten Ziemski muß die Zurückziehung innerhalb von 24 Stunden erfolgen.

über Rehböber ausgerüstet gewesen sei, noch die Hilfspolizei könnten als bewaffnete Streitkräfte angesehen werden. Im übrigen handele es sich hierbei um innenpolitische Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung der gefährdeten Ruhe und Sicherheit dienen.

Die Warenhaussteuer kommt.

Preußen wird demnächst Zuschläge zur Gewerbesteuer bei Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Großfilialen erheben. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die inzwischen sämtlich gleichgeschalteten Länder in gleicher Weise vorgehen werden. Bekanntlich läuft das Realsteuervertragsgesetz am 31. März ab.

Die Gewerbesteuer ist bekanntlich Ländersteuer. Diese neue Maßnahme ist nicht zu verwechseln mit den im Jahre 1930 beschlossenen Sonderzuschlägen für die Umsatzsteuer bei einem Umsatz von mehr als einer Million Mark. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Umsatzsteuerzuschläge durch die neuen Zuschläge zur Gewerbesteuer für die oben genannten Geschäftskategorien abgelöst werden.

90000 Mann von der Reichsbahn eingestellt.

Arbeit und Brot vom Frühjahr bis Herbst.

Mit Beginn des Frühjahrs hat die Reichsbahn ihre Oberbau-Erneuerungs- und -unterhaltungsarbeiten in vollem Umfang aufgenommen. Die Reichsbahn hat hierfür die Einstellung von etwa 70 000 Zeitarbeitern angeordnet. Diese Arbeiter werden bis in die Herbstmonate beim Bahnunterhaltungsstrupp der Reichsbahn beschäftigt werden. Darüber hinaus werden die Privatunternehmer, die von der Reichsbahn herangezogen werden, in die Lage versetzt, über 20 000 Arbeiter einzustellen. Insgesamt finden also durch diese Oberbauarbeiten der Reichsbahn etwa 90 000 Rufe von Frühjahr bis Herbst Arbeit und Brot.

Mit den Neueinstellungen ist bereits begonnen worden. Die Arbeiten erstrecken sich auf die Unterhaltung und Erneuerung der Reichsbahngeleise — Schienen, Schwellen und Deckung — sowie auf die Unterhaltung und Erneuerung von Weichen und Weichenverbindungen.